

Die Irrlehre vom Lohnverzicht

Globalisierungsangst und Neoliberalismus

Von Heiner Flassbeck und Friederike Spiecker

Die größte Bedrohung unserer Gesellschaft geht nach wie vor von der immensen Arbeitslosigkeit aus. Kein Wunder, dass sich nach den vielen uneingelösten Wahlversprechen und der Unzahl erfolgloser Reformen der vergangenen sieben Jahre ein Machtwechsel anzubahnen scheint. Doch was kann er den Wählerinnen und Wählern, und unter ihnen insbesondere den Arbeitslosen, bringen?

Ein Blick in die Wahlprogramme der großen Parteien lehrt, dass sich die Analysen der wirtschaftlichen Misere kaum unterscheiden. Alle verfolgen das Ziel, den bundesdeutschen Arbeitsmarkt im internationalen Wettbewerb irgendwie konkurrenzfähiger zu machen. Übereinstimmend wird diagnostiziert, dass die Bundesrepublik ein massives Standortproblem habe, ausgelöst von zu hohen Löhnen, Lohnnebenkosten und Sozialleistungen. Auch die Therapieansätze gleichen sich: Senkung der Lohnnebenkosten, der Unternehmensteuern, der sozialen Leistungen oder gleich Umbau des gesamten Steuer- und Sozialabgabensystems.

Die Einheitlichkeit der vorgeschlagenen Maßnahmen kann niemanden erstaunen, der die wirtschaftspolitische Diskussion seit der Wiedervereinigung verfolgt hat. Der allgemeine Konsens über Diagnose und Medizin ist derart überwältigend, dass mittlerweile nicht mehr über das „Ob“, sondern nur noch über das „Wie“ der Umsetzung von „schmerzhaften Einschnitten“ und „Zumutungen“ gestritten wird.

Vor diesem Hintergrund scheint es mehr als abwegig zu sein, den Konsenspfad bereits zu verlassen, bevor er richtig begonnen hat – nämlich schon bei der Analyse. Wer heute Zweifel daran äußert, dass hiesige Arbeitsplätze durch Niedriglohnländer bedroht sind, hat wohl noch nichts von Arbeitsplatzverlagerungen, Direktinvestitionen oder zuwandernden Billiglohn-Arbeitskräften gehört und disqualifiziert sich damit von vornherein für jedwede wirtschaftspolitische Debatte. Wenn selbst überzeugte Gewerkschafter unter dem Zwang der Arbeitsmarktverhältnisse zu grundlegenden Zugeständnissen bereit sind, kann der Ernst der Lage offensichtlich nicht wegdiskutiert werden.

Das soll er auch nicht. Dennoch legt die andauernde Erfolglosigkeit der Wirtschaftspolitik die Frage nahe, ob diese nicht doch von falschen Voraussetzungen ausgeht. Um die wirklichen Gründe für die aktuelle Wirtschaftsmisere in der Bundesrepublik zu erkennen und wirksam Abhilfe zu schaffen, gilt

es deshalb zu verstehen, wie der internationale Handel funktioniert und welche Auswirkungen die globale Mobilität von Kapital und Arbeit heute tatsächlich hat.

Anpassen an die Verhältnisse, aber an welche?

Was also verlangt die Globalisierung? Die zentrale Regel für das friedvolle Zusammenleben der Nationen auf wirtschaftlichem Gebiet lautet, dass sich jeder an seine Verhältnisse anzupassen hat, also nicht über seine Verhältnisse leben darf. Mehr kann kein Land von einem anderen einfordern, und mehr kann keine globale Regelung von einzelnen Ländern erzwingen. Mehr zu fordern würde bedeuten, dass man von dem einen verlangt, bewusst unter seinen Verhältnissen zu leben, was logischerweise bedeutet, dass man einen anderen zwingt, über seine Verhältnisse zu leben, denn alle zusammen können weder unter ihren Verhältnissen noch über ihre Verhältnisse wirtschaften.

Übersetzt in ökonomische Terminologie bedeutet das: Jedes Land muss seine Ansprüche genau an seine eigene Produktivität anpassen. Auf einzelwirtschaftlicher Ebene ist diese Regel unmittelbar einleuchtend: Auf Dauer kann ein Wirtschaftssubjekt nicht mehr ausgeben, als es einnimmt, das heißt jeder muss das, was er beansprucht, auch erarbeiten. Gibt er mehr aus, lebt er über seine Verhältnisse, verschuldet sich also und muss einen Gläubiger finden, jemanden, der ihm glaubt, dass er seine Schulden eines Tages zurückzahlen kann, seine Produktivität also ausreichen wird, um das in Anspruch Genommene zu begleichen.

In der anderen Richtung gilt das Gleiche: Auf Dauer kann man nicht weniger ausgeben, als man verdient. Denn wer unter seinen Verhältnissen leben will, muss einen finden, der bereit ist, über seine Verhältnisse zu leben. Wer sparen, das heißt Gläubiger werden will, muss andere finden, die sich verschulden. Nur wenn die anderen etwas Produktives mit dem Ersparten anfangen, kann es Zinsen dafür geben. Und noch viel wichtiger: Wenn niemand bereit ist, sich in Höhe dessen zu verschulden, was ein anderer sparen möchte, gibt es keinen Abnehmer für das, was dieser andere quasi über seine eigenen gegenwärtigen Wünsche hinaus produzieren will. Dann fehlt ihm die Nachfrage, die er für seine Einkommenserzielung benötigt, und der Sparplan scheitert.

Was bedeutet die Regel, sich an seine Produktivität, an seine eigenen Verhältnisse anzupassen, für den internationalen Handel? Vom internationalen Handel, von der internationalen Arbeitsteilung können auf Dauer alle nur profitieren, wenn kein Land seine Wettbewerbsfähigkeit durch Protektionismus oder andere Maßnahmen auf Kosten anderer Länder steigert. Alle können nur gleichberechtigt Handel miteinander treiben, wenn kein Land auf Dauer über seine Verhältnisse lebt und keines darunter.

Geschieht dies dennoch, werden also durch massive Eingriffe in die allgemeine Regel langfristig Gläubiger- und Schuldnerpositionen aufgebaut, kommt es zwischen souveränen Staaten über kurz oder lang zu Anpassungen der Wechselkurse. Verliert ein Land durch ständig anwachsende Schulden an

Kreditwürdigkeit, so wird seine Währung abgewertet und es wird schlimmstenfalls zahlungsunfähig. Umgekehrt muss ein Land, das permanent in der Gläubigerposition verharrt, früher oder später seine Währung aufwerten, das heißt seine Guthaben im Ausland entwerten. Das Wechselkursventil – übrigens in vieler Hinsicht problematisch – ist quasi der Beweis dafür, dass probatere Mittel zum Ausgleich der unterschiedlichen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit von Nationen versagt haben.

Länder sind allerdings keine Wirtschaftssubjekte, sondern bestehen aus einer Vielzahl von Wirtschaftssubjekten. Wie kann ohne das Notventil des Wechselkurses dafür gesorgt werden, dass die einzelwirtschaftliche Regel, jeder habe sich langfristig an seine Produktivität anzupassen, auch auf nationaler Ebene durchgesetzt wird? Ein Land passt sich langfristig automatisch an seine Produktivität an, wenn das durchschnittliche reale Pro-Kopf-Einkommen im gleichen Tempo wächst wie die durchschnittliche (reale) Produktivität. Dies wird logischerweise – und durch vielfältige empirische Erfahrung bestätigt – am besten dadurch erreicht, dass die Nominallöhne im Durchschnitt der Volkswirtschaft um die Summe aus erwarteter durchschnittlicher Produktivitätssteigerung und Zielinflationsrate der Notenbank wachsen.

Diese einfache Lohnregel impliziert zum einen, dass sowohl die Beschäftigten, also der „Faktor Arbeit“, als auch die Kapitalseite angemessen an der wirtschaftlichen Entwicklung beteiligt werden. Zum anderen erlaubt sie eine stabile Inflationsrate, weil der Abstand zwischen Nominallohnsteigerungen und Produktivitätssteigerung (die Entwicklung der so genannten Lohnstückkosten) die entscheidende Determinante der gesamten Kostenentwicklung ist, die wiederum die Preisentwicklung dominiert. Es ist also gerade die Teilhabe der breiten Masse der Bevölkerung an der Produktivitätsentwicklung via Lohnkostenzuwachs, die mit der Regel für die internationale Arbeitsteilung vollständig harmonisiert. Dagegen führt eine Strategie des Unter-den-eigenen-Verhältnissen-Lebens, also der Versuch, die breite Masse über Jahre hinweg nicht teilhaben zu lassen, in eine nationale und in eine internationale Sackgasse. Die Bundesrepublik steckt seit Jahren in beiden, weil sie der Globalisierung dadurch begegnen wollte und will, dass sie selbst den Gürtel enger schnallt, und damit darauf setzt, dass andere bereit waren und sind, eine immer höhere internationale Verschuldung zu akzeptieren. Dass die Bundesrepublik hingegen nicht unter der Globalisierung an sich leidet, soll die folgende Analyse zeigen.

Handel zwischen Hoch- und Niedriglohnland bei Immobilität von Kapital und Arbeit

In der Bundesrepublik verdiente ein Arbeiter im Jahr 2000 etwa 25 000 Euro, ein chinesischer Arbeiter verdiente umgerechnet etwa 1150 Euro. Wie können zwei Länder miteinander Handel treiben, deren Lohnniveaus so weit auseinander liegen? Müssten nicht sämtliche Produkte in China hergestellt werden, und müsste die Bundesrepublik nicht alles von dort importieren?

Nein, entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit eines Produktes am Weltmarkt ist – neben der Qualität – sein Preis, und dieser wird nicht vom absoluten Niveau der Löhne bestimmt, mit dem es produziert wird, sondern von den Löhnen im Verhältnis zur Produktivität, also den Lohnstückkosten. Wie viel Lohn in einem Produkt, einem „Stück“ steckt, hängt von der Höhe des Kapitalstocks ab, mit dessen Hilfe es hergestellt wird. Besteht das Gut beispielsweise nur aus Handarbeit und wird es an einem Tag von einem Handwerker produziert, so betragen die Lohnstückkosten genau den Tageslohn des entsprechenden Handwerkers. Wird das Gut jedoch mit einer Maschine produziert, die ein Arbeiter bedient, und kann der mittels dieser Maschine zehn Stück am Tag herstellen, dann betragen die Lohnstückkosten genau ein Zehntel seines Tageslohns. Verdient dieser Arbeiter zum Beispiel das Fünffache des Handwerkers, kann er ein einzelnes Stück immer noch preiswerter anbieten als der Handwerker.

Daraus folgt, die gegenwärtigen hohen Lohnkosten in der Bundesrepublik sind so wenig vom Himmel gefallen wie die niedrigen chinesischen. Beide haben sich in kleinen Schritten aus der Vergangenheit heraus entwickelt. Sie sind der Spiegel der Produktivität, die wiederum auf dem erwirtschafteten Kapitalstock eines Landes beruht. Wer den aktuellen Stand der Lohnstückkosten hierzulande für generell zu hoch erklärt, ignoriert die historische Entwicklung von Produktivität und Kapitalstock, oder er behauptet, der (west)deutsche Kapitalstock sei wegen der allmählich stärkeren Öffnung der Märkte seit dem Ende des Ost-West-Konflikts schlagartig obsolet geworden, entwertet durch die zunehmende Globalisierung. Diese Vorstellung ist angesichts der Spitzenstellung vieler bundesdeutscher Exporteure auf den Weltmärkten und speziell in Niedriglohnländern offensichtlich absurd.

Der Preis eines Gutes hängt allerdings nicht nur von den Lohnstückkosten, sondern auch von den Kapitalkosten ab, also den Kosten, die der in der Produktion eingesetzte Kapitalstock verursacht. Um in unserem Beispiel zu bleiben: Der Arbeiter muss die Maschine erst einmal haben, bevor er mit ihr produzieren kann. Würden die Lohn- und Kapitalkosten der kapitalintensiven Produktionsweise zusammen den Produktivitätsvorteil gegenüber der arbeitsintensiven Herstellung überwiegen, wäre das kapitalintensiv produzierte Gut nicht konkurrenzfähig. Die kapitalintensive Produktionsweise wäre dann entweder gar nicht entstanden oder sie würde von einer arbeitsintensiveren Produktionsweise verdrängt.

Doch wer hat jemals beobachtet, dass Wasserleitungen stillgelegt wurden zu Gunsten des Einsatzes von Wasserträgern, dass maschinelle Webstühle Handwebern weichen mussten? Im Gegenteil: Stets war und ist die Menschheit bemüht, einen möglichst großen Kapitalstock aufzubauen, weil der technische Fortschritt vergleichsweise wenig produktive Tätigkeiten überflüssig macht und man sich produktiveren Beschäftigungen zuwenden kann, mit denen höhere Einkommen erzielt werden können und damit ein größerer Wohlstand. Das heißt mittel- bis langfristig ist die Entwicklung hin zu einem ständig steigenden Kapitaleinsatz eine Art Naturgesetz in der Welt der Ökonomie. Könnten Wasserträger oder Weber langfristig so schlecht bezahlt wer-

den, dass sich der Bau und die Nutzung einer Wasserleitung oder eines maschinellen Webstuhls niemals rentierten? Nein, das ist nicht vorstellbar. Das aber bedeutet zwingend, dass weder die historische Entwicklung unseres Kapitalstocks noch die unserer Löhne ein Fehler war.

Ist nun die Produktivität in der Bundesrepublik aufgrund des vorhandenen Kapitalstocks um so viel höher als in China, dass die Lohnstückkosten trotz der unterschiedlichen Lohnniveaus gleich sind, findet keine Verdrängung am Weltmarkt statt, importiert das Hochlohnland nicht automatisch alles aus dem Niedriglohnland. In den Bereichen, in denen die bundesdeutschen Lohnstückkosten über den chinesischen liegen, findet Handel statt, bei dem die billigeren Anbieter die teureren auf dem Weltmarkt verdrängen. Das ist der internationale Strukturwandel, bei dem die Bundesrepublik bisher hervorragend abgeschnitten hat.

Hochlohnländer spezialisieren sich auf Güter, die nur mit einer bestimmten Technologie hergestellt werden können. Nur wer über einen großen und hoch spezialisierten Kapitalstock und das entsprechende Fachwissen verfügt, kann hoch spezialisierte Güter auf dem Weltmarkt anbieten. Das sind in der Regel nicht die Produzenten aus Niedriglohnländern. Denn diese Länder zeichnen sich ja gerade dadurch aus, dass sie (noch) nicht so stark industrialisiert und spezialisiert sind. Sobald man also, anders als die meisten ökonomischen Lehrbücher, nicht nur von zwei Handelsgütern auf dem Weltmarkt ausgeht, sondern realistischerweise eine riesige Produktpalette in Betracht zieht, verliert die Vorstellung vom knallharten internationalen Verdrängungswettbewerb, in dem die reichen Nationen unweigerlich verlieren, jede Plausibilität. Das übliche theoretische Modell, in dem Produzenten beliebig zwischen verschiedenen Produktionstechniken wählen können, um sich optimal an das Faktorpreisverhältnis für die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital, also das Lohn-Zins-Verhältnis, anzupassen, ist unrealistisch und irreführend.

Dabei sind es nicht nur Anpassungsfriktionen oder zeitlich begrenzte Immobilität von Faktoren, die dafür verantwortlich zu machen sind, dass es keine beliebige Anpassung an das Faktorpreisverhältnis gibt. Es geht um etwas viel Grundsätzlicheres: Man kann ein Handy oder einen Mercedes schlicht nicht beliebig arbeitsintensiv produzieren. Wollte man das, müsste man erst eine völlig neue, auf höhere Arbeitsintensität zielende Produktionsweise erfinden. Und das wäre nicht nur teuer, sondern auch sinnlos. Die kapitalintensive Produktionsweise ist langfristig immer die überlegene, weil sie mehr Wohlstandspotenzial schafft. Daher führte eine durch niedrigere Arbeitskosten getriebene hypothetische Parallelentwicklung arbeitsintensiverer Produktionsverfahren auf lange Sicht immer ins Aus. Wer das nicht glaubt, suche einen Unternehmer, der in China oder Indien mit der Technologie der 70er Jahre heute weltmarktgängige Rechner herstellt.

Doch selbst wenn das Vorhalten einer arbeitsintensiveren Produktionsweise technisch möglich wäre, fände es nicht statt. Und zwar aus dem einfachen Grund, weil es viel rentabler ist, die heute üblichen kapitalintensiven Produktionstechniken mit den Billiglöhnen der aufholenden Länder zu kombinieren. Die dadurch möglichen temporären Monopolgewinne machen jede

andere Lösung von vornherein unwirtschaftlich. Nur weil die ökonomischen Standardmodelle unterstellen, Monopolgewinne spielten in den Kalkülen der Unternehmen keine Rolle, hat die herrschende Lehre keinerlei Zugang zu einer realistischen Analyse des internationalen Handels und der Faktorwanderung. Tragisch ist nur, dass sich fachfremde Intellektuelle, freilich ohne zu wissen, was sie tun, die Annahmen der Standardmodelle zu Eigen machen und auf dieser Basis die Globalisierung zu analysieren versuchen.

Internationaler Handel bei Kapitalwanderung

Befürworter von Lohnkostensenkungen in der Bundesrepublik führen regelmäßig die Möglichkeit des Kapitals, in Niedriglohnländer abzuwandern, als den Hauptgrund für ihre Forderung an. Die hiesige Arbeitslosigkeit zeige, dass zu wenig im Inland investiert werde. Das läge daran, dass aufgrund der vergleichsweise zu hohen Löhne die Rentabilität des Kapitals zu gering sei. Böten sich außerhalb des Landes gewinnträchtigere Anlagemöglichkeiten, würden diese auch genutzt, und das Kapital fließe ab. Dieser Mechanismus habe seit Ende des Ost-West-Konflikts und der damit einhergehenden intensiveren Teilnahme ärmerer Volkswirtschaften am Welthandel eine neue Dynamik erreicht, an die es sich hierzulande anzupassen gelte. Die Knappheitsverhältnisse der Produktionsfaktoren hätten sich damit grundlegend gewandelt: Es stünden eben sehr viel mehr Arbeitskräfte zur Verfügung, zugleich brächten diese aber keinen auch nur annähernd so hohen Kapitalstock in die Weltwirtschaft ein wie ihre Kollegen aus den Industrienationen, so dass der Faktor Kapital im Vergleich zum Faktor Arbeit viel knapper geworden sei. Diese gestiegene Knappheit mache es notwendig, das Kapital durch niedrigere Löhne hierzulande zum Bleiben zu bewegen, da die Attraktivität der niedrigen Löhne in den aufholenden Volkswirtschaften eine enorme Sogwirkung auf das hiesige Kapital ausübe.¹

Richtig ist an dieser Sichtweise, dass es für hiesige Unternehmer tatsächlich lohnend sein kann, ihre kapitalintensiven Produktionstechnologien mit den in den aufholenden Volkswirtschaften herrschenden Billiglöhnen zu kombinieren. Das war schon immer eine Möglichkeit, vorübergehende Monopolgewinne zu erzielen, und mag seit 1989 einfacher zu realisieren sein. Auch für Unternehmer in den Billiglohnländern selbst besteht ein großer Anreiz, die westlichen Technologien zu kopieren, diese zu importieren, um in Kombination mit den niedrigen heimischen Löhnen dann überdurchschnittliche Gewinne zu erwirtschaften. Denn sofern die Lohnentwicklung im Niedriglohnland der durchschnittlichen Produktivitätsentwicklung in der dortigen Gesamtwirtschaft folgt, können über Jahre und sogar Jahrzehnte hinweg beachtliche Monopolgewinne erwirtschaftet werden, weil das Produktivitätsniveau dort aufgrund des niedrigen Ausgangswertes des Kapitalstocks noch lange unterhalb dessen liegt, was in den reichen Ländern erreicht ist.

1 Vgl. dazu etwa Hans-Werner Sinn, *Ist Deutschland noch zu retten?* München 2003, S. 91 ff.

Abwegig ist es jedoch, die Kapitalwanderung in Niedriglohnländer für die hiesige Arbeitslosigkeit verantwortlich zu machen. Denn wer die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg oder etwa die Polens seit dem Fall der Mauer betrachtet, stellt fest, dass Kapitalwanderungen nicht schlagartig und in großem Maßstab, sondern allmählich erfolgen. Sonst hätte der Aufbau des westdeutschen Kapitalstocks nach dem Krieg viel schneller geschehen müssen. Auch Polen müsste mit seinen Billiglöhnen nach 15 Jahren längst hoch industrialisiert sein, wenn die Nettokapitalbewegung von Hoch- zu Niedriglohnländern so gewaltig wäre, wie dies die Globalisierungspessimisten behaupten.

Das überschaubare Ausmaß von Kapitalverlagerungen erklärt sich einerseits dadurch, dass sie nicht risikolos zu bewerkstelligen sind. Es muss das erforderliche Humankapital im Niedriglohnland vorhanden sein, das heißt das Know-how auf allen Ebenen des Produktionsprozesses, und die wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen der aufholenden Volkswirtschaft müssen stabil genug sein für langfristige Investitionen. Häufige Regierungswechsel können auf in- wie ausländische Investoren ebenso abschreckend wirken wie beispielsweise mangelnde innere Sicherheit.

Gegen die Angst vor massiver Kapitalabwanderung in Niedriglohnländer und drohender Kapitalknappheit in Hochlohnländern spricht jedoch noch ein viel grundlegenderes Argument. Fasst man die wirtschaftliche Entwicklung als einen Prozess auf, in dessen Verlauf Gewinne und damit Kapital entstehen, geht es gar nicht in erster Linie um das gegenseitige Ausstechen der Unternehmer, Arbeitnehmer oder Länder beim angeblich nur sehr langsam (via Sparen) vermehrbaren Produktionsfaktor Kapital. Wenn tatsächlich Gewinnchancen in Niedriglohnländern genutzt werden können, vermehrt sich das im Entwicklungsprozess der aufholenden Länder so dringend benötigte Kapital durch den Prozess selbst, also auf eine Weise, die die Kapitalbilanz des Niedriglohnlandes nicht belastet und es dem Entwicklungsland erlaubt, mehr Güter als sonst möglich aus den Hochlohnländern zu importieren. Diese zusätzlichen Absatzchancen machen neben den Möglichkeiten, Monopolgewinne zu erzielen, den Export von Kapital und Know-how aus Sicht der Hochlohnländer attraktiv.

Der Import von Kapital und Know-how ist aber am Ende auch aus der Sicht des Entwicklungslandes vorteilhaft. Ein Niedriglohnland ist wegen seines geringen Kapitalstocks nur mit einer sehr kleinen Palette von Gütern auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig. Jeder ausländische Investor trägt zum Aufbau des Kapitalstocks und damit zu der Basis für mehr Einkommen und Wohlstand bei. Selbstverständlich findet auch hier ein Strukturwandel statt – und in der Regel ein viel gewaltigerer als in den Hochlohnländern. Denn das Nachahmen von Produktionsprozessen für weltmarktgängige Produkte funktioniert schneller als das Erfinden und Umsetzen neuer Technologien. Entwicklungsländer können beim Aufbau ihres Kapitalstocks Sprünge im technologischen Wandel realisieren, die den hoch entwickelten Volkswirtschaften nicht möglich sind. In China müssen nicht erst die während der 60er Jahre in den westlichen Industrieländern vorherrschenden Technologien angewendet werden, sondern Investoren können sofort die aktuelle Technik einsetzen.

Dass mit dem internationalen Strukturwandel immense Veränderungen für die Bevölkerung des Niedriglohlandes verbunden sind, der meist kein mit unserem vergleichbares soziales Sicherungsnetz zur Verfügung steht, wird hierzulande oft übersehen. Dennoch stellt die Kombination der niedrigen Löhne mit der Technologie aus Industrieländern die große Chance dar, wirtschaftlich aufzuholen und das Wohlstandsgefälle zu den reichen Ländern zu verringern. Der Standortvorteil in Form von Niedriglöhnen ermöglicht es, technologisches Wissen zu importieren, die Palette weltmarktfähiger Produkte nach und nach auszuweiten und so vom Welthandel zu profitieren.

Durch die Forderung nach Lohnsenkungen in Hochlohnländern wird folglich implizit versucht, die Chancen der Entwicklungsländer zum Aufholen zu schmälern oder sie ihnen gar gänzlich zu nehmen. Diese Position wird üblicherweise von Leuten vertreten, die strikt gegen Protektionismus sind und den ärmeren Ländern alle Chancen dieser Welt versprechen, sofern sie nur ihre Märkte vollständig öffnen. Wenn aber die Wettbewerbsfähigkeit der Industrieländer auf den Weltmärkten durch lohninduzierte Preissenkungen zunimmt, werden den sich entwickelnden Volkswirtschaften zugleich die Märkte genommen, weil sie ihre wenigen Produkte noch schlechter international platzieren können. Am Sonntag das Elend dieser Welt zu beklagen und am Montag den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern hierzulande das Gürtel-enger-Schnallen zu empfehlen, ist entweder heuchlerisch oder dumm.

Überdies kommt man auf dem Weg einer absoluten Angleichung der bundesdeutschen Löhne an die chinesischen oder indischen nicht weit. Denn das Wechselkursventil tritt automatisch in Aktion, wenn Deutschland gegen die zentrale Regel des internationalen Handels- und Kapitalverkehrs verstößt. Bei Lohnkostensenkung in der Bundesrepublik ist eine weitere drastische Aufwertung des Euro unvermeidlich. Wechselkurse gleichen nun mal systematisch Lohnstückkostendifferenzen aus und niemals die absoluten Löhne. Anders als viele Ökonomieprofessoren wissen Devisenhändler nämlich, worauf es im internationalen Vergleich ankommt.

Mindestens ebenso gravierend sind jedoch die Folgen der Lohnsenkungsstrategie im Hochlohnland für all die Länder, die auf der Industrialisierungsleiter zwischen den Weltmarktführern und den gering entwickelten Ländern stehen, noch dazu, wenn sie die gleiche Währung haben wie beispielsweise Italien, Spanien, Portugal oder Griechenland. Versuchen bundesdeutsche Unternehmen durch Lohnsenkungen auf den Weltmärkten wettbewerbsfähiger zu werden, trifft das all diejenigen, die nur etwas niedrigere Löhne haben als wir und den bisherigen Abstand bei der Ausstattung mit Kapital gegenüber uns durch eben diese Lohndifferenz wettgemacht haben. Diese Länder müssen dann unserem Lohnsenkungspfad folgen, wenn sie nicht sämtliche Marktanteile verlieren wollen. Dass dies auf mittlere Sicht unweigerlich zu einer Aufwertung des Euro führt und insofern die Bemühungen der Deutschen, sich dem chinesischen Lohnniveau anzunähern, zunichte macht, ist ein Glück für die Entwicklungsländer, aber eine Katastrophe für die ärmeren Mitglieder der Währungsunion. Das scheint der für die Währungsunion zuständi-

gen Europäischen Zentralbank erst allmählich zu schwanen.² Von der auf diesem Wege heraufbeschworenen Deflationsgefahr ganz zu schweigen.

Diese Argumente mögen jene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in einem Hochlohnland wenig überzeugen, die ihren Arbeitsplatz wegen der Verlagerung eines Produktionsstandortes ihres bisherigen Arbeitgebers in ein Niedriglohnland verloren haben. Das ist zweifellos eine schwierige Situation für die Betroffenen. Die Gesellschaft muss für diese Fälle ein soziales Sicherungsnetz zur Verfügung stellen, das den Betroffenen ein Existenzminimum garantiert und die Möglichkeit bietet, beispielsweise durch Umschulung in anderen Wirtschaftszweigen wieder Fuß zu fassen.

Trotz dieser Einzelschicksale stellt sich die Situation jedoch gesamtwirtschaftlich ganz anders dar: Die Bundesrepublik exportiert wesentlich mehr Güter als sie importiert. Das bedeutet, dass der damit einhergehende Mehrabsatz von Waren im Ausland unsere Wirtschaft stützt und hier per Saldo Arbeitsplätze schafft. Das dürfte in der Regel zwar in anderen Branchen der Fall sein als in denen, die Arbeitsplätze ins Ausland verlagern. Aber in der Summe stellt sich die Bundesrepublik durch den internationalen Handel in Sachen Arbeitsplätze besser und nicht schlechter. Der notwendige Anpassungsprozess an den internationalen Strukturwandel muss selbstverständlich sozial abgedeckt werden. Jedoch so zu tun, als ob unsere Gesellschaft insgesamt im Hinblick auf die Arbeitsplätze der Verlierer bei der Globalisierung sei, ist schlicht falsch. Wer bei der Analyse der Ursachen unserer gravierenden Arbeitsmarktprobleme auf die Globalisierung verweist, drischt den falschen Esel, nämlich den, der uns von großem Nutzen ist.

Dass Lohnsenkungen im Hochlohnland hier selbst negative Wirkungen haben, liegt an einem anderen Zusammenhang. Das Hochlohnland schadet sich mit einer solchen Strategie durch den Ausfall von Binnennachfrage selbst und verschenkt auf diese Weise eigenes Wachstums- und Einkommenspotenzial. Denn die verbesserten Absatzmöglichkeiten im Ausland wiegen noch nicht einmal kurzfristig, geschweige denn längerfristig den inländischen Konsumrückgang auf. Das ist das zentrale Übel, an dem unser Land seit gut zehn Jahren krankt. Die Therapie der Lohndrücker reproduziert und verschärft die Krankheit, die sie heilen soll.³

Internationaler Handel bei Wanderung des Faktors Arbeit

Was geschieht, wenn einzelne oder ganze Gruppen von Arbeitnehmern aus den Niedriglohnländern nicht warten wollen, bis ihnen Kapital zur Verfügung steht, sondern sich selbst auf den Weg zum Kapital machen, sprich: in die

2 Vgl. ECB Monthly Bulletin May 2005. Hier werden die relevanten Daten zwar sorgfältig zusammengestellt (z.B. Tabelle 2, S. 64), die nahe liegende Schlussfolgerung wird jedoch nicht gezogen. Wer allerdings die Marktanteilsgewinne bundesdeutscher Unternehmen auf Kosten anderer Europäer mit ins Bild nimmt (vgl. etwa „The Economist“, 17.2.2005), kann sich ausmalen, welche Explosivkraft hier verborgen liegt.

3 Vgl. Heiner Flassbeck und Friederike Spiecker, Lohnstruktur und Beschäftigung. Gutachten im Auftrag der Otto Brenner Stiftung 2001.

Hochlohnländer einwandern? Ob das wirklich ein Massenphänomen werden könnte oder aus demographischen Gründen gar sollte und welche rechtlichen Grenzen eine solche Wanderungsbewegung einschränken, soll hier nicht diskutiert werden. Welche ökonomischen Mechanismen laufen aber zwischen den betroffenen Ländern ab, und welche ökonomischen Spielregeln sollten gelten, um die Wanderung des Faktors Arbeit für Herkunfts-, also Niedriglohnland, wie Einwanderungs-, also Hochlohnland, sinnvoll zu gestalten?

Arbeitskräfte aus Niedriglohnländern wandern in Hochlohnländer, weil sie dort mehr Jobs oder einen höheren Lohn oder beides erwarten. Bei normaler Arbeitsmarktsituation im Hochlohnland gilt *de facto* ein Bestimmungslandprinzip, das heißt, die Zuwanderer verdienen im Hochlohnland bei gleicher Qualifikation den gleichen Lohn wie die einheimischen Arbeitskräfte. Welche wirtschaftlichen Folgen hat das im Hochlohnland? Da die zuwandernden Arbeitskräfte reibungslos Arbeitsplätze finden, ist die Zuwanderung kein Problem für das Hochlohnland, sie erhöht sogar sein Wachstumspotenzial.

Herrscht im Hochlohnland jedoch Arbeitslosigkeit, ist die Wahrscheinlichkeit gering, dass Zuwanderer zum herrschenden Lohn Arbeit finden. Denn warum sollte ein Zuwanderer unter sonst gleichen Bedingungen der inländischen Arbeitskraft, die keine Sprachschwierigkeiten und sonstigen Anpassungsprobleme haben dürfte, vorgezogen werden? Finden die Zuwanderer keine Arbeit, beanspruchen sie Leistungen der sozialen Sicherungssysteme. Das aber wird keine Gesellschaft in größerem Umfang tolerieren. Denn den Mindestlebensstandard, den eine reiche Gesellschaft durch soziale Sicherungssysteme für ihre Mitglieder zu garantieren versucht, um den sozialen Frieden und den Zusammenhalt der eigenen Nation zu sichern, kann sie nicht für den Rest der Welt oder auch nur einen spürbaren Teil davon zur Verfügung stellen. Wäre sie bereit dazu, könnte sie ihre Solidarität viel effektiver über eine Erhöhung der Entwicklungshilfe unter Beweis stellen.

Was aber geschieht, wenn die Zuwanderer bei Arbeitslosigkeit im Hochlohnland bereit sind, dort zu einem wesentlich geringeren Lohn als die heimischen Arbeitskräfte zu arbeiten, und das Gastland bereit ist, dies zu tolerieren? Die Zuwanderer erhöhen ja durch diese Bereitschaft die Wahrscheinlichkeit, im Gastland Arbeit zu erhalten. Dass sie sich trotz des niedrigeren Lohnes oft besser stehen als in ihrem Herkunftsland, ist sicher ein zentrales Motiv für die Wanderung.⁴ Und welcher inländische Unternehmer wollte diese Gewinnchance (bei gleicher Qualifikation der Arbeitskräfte und unter Vernachlässigung sonstiger Anpassungsschwierigkeiten) nicht nutzen, seinen Kapitalstock mit Billiglöhnen zu kombinieren, diesmal im Inland statt im Niedriglohnland?

Infolge der Außerkraftsetzung des Bestimmungslandprinzips und der Einführung eines Herkunftslandprinzips⁵ verdrängen die Zuwanderer einheimische Arbeitskräfte. Diese werden entweder arbeitslos und müssen über die

4 Dass diese Rechnung nicht immer aufgehen muss, weil etwa die Lebenshaltungskosten unterschätzt werden, der Wohnraum knapp und entsprechend teuer ist oder die soziale Integration nicht funktioniert, steht auf einem anderen Blatt.

5 Auf diesem Prinzip fußt z.B. der Vorschlag der EU-Kommission zur Europäischen Dienstleistungsrichtlinie.

sozialen Sicherungssysteme finanziert werden – ein für die Gesellschaft kaum akzeptabler bzw. auf Dauer finanzierbarer Zustand – oder sie passen ihre Löhne nach unten an die der Zuwanderer an.

Gerät auf diesem Wege das Lohnniveau des Hochlohnlandes insgesamt ins Rutschen, treten die bereits erwähnten negativen Folgen ein: Nachfrageausfall im Inland, dadurch sinkende Gewinne der Unternehmen und verschenkte Wachstums- und Wohlstandsmöglichkeiten, verstärkter Verdrängungswettbewerb auf den Weltmärkten und/oder Aufwertung der heimischen Währung. Das heißt übrigens auch, dass die Herkunftsländer der Zuwanderer durch die von ihnen ausgelöste Lohnsenkung geschädigt werden. Zwar wird ihr Arbeitsmarkt möglicherweise unmittelbar entlastet,⁶ aber durch die Wanderung wird kein zusätzlicher Kapitalstock im Niedriglohnland aufgebaut, wie das im Fall der Kapitalwanderung geschieht. Die zurückbleibende Bevölkerung profitiert nicht von den Abwandernden, das durchschnittliche Produktivitätsniveau steigt nicht und damit auch nicht das durchschnittliche Lohnniveau: Es findet kein Aufholprozess statt. Vielmehr sehen sich die Anbieter aus dem Niedriglohnland noch wettbewerbsfähigeren Anbietern auf dem Weltmarkt gegenüber. Denn die Lohnsenkung im Hochlohnland schafft Raum für Weltmarktanteilsgewinne der dortigen Unternehmer mittels Preissenkung. Zwar wird eine Aufwertung der Währung des Hochlohnlandes am Ende diesen Gewinn wieder zunichte machen, aber die Folgeschäden sind in der Regel enorm. Zudem reißt das Lohndumping all die Länder mit in die Abwärtsspirale, die mit dem Hochlohnland zusammen Mitglied einer Währungsunion sind oder aus sonstigen Gründen ihren Wechselkurs fixieren.

Nur die konsequente Anwendung des Bestimmungslandprinzips auch bei hoher Arbeitslosigkeit im Hochlohnland kann diesen alle schädigenden Teufelskreis verhindern. Das bedeutet, dass die Bundesrepublik keine ungeregelte Zuwanderung verkraften kann und – im ureigenen Interesse der Niedriglohnländer – auch nicht darf. Für jede einzelne Nation, jede sich kulturell zusammengehörig fühlende Gesellschaft oder jeden Raum der gleichen Entwicklungsstufe, das heißt ähnlicher Kapitalausstattung, muss das *law of one price* gelten, der Grundsatz des gleichen Lohns für gleiche Arbeit also. Wird dieser Grundsatz durchlöchert, dann werden Mittel zur Behebung der Krise empfohlen, die eine Abwärtsspirale erst richtig in Gang setzen: Lohnsenkung schwächt die Binnennachfrage, lässt dadurch die Gewinne und mit ihnen die Investitionsbereitschaft im Inland sinken, stärkt zwar vorübergehend die Exporte, aber nie in dem Maße, wie es zur Kompensation des inländischen Nachfrageausfalls notwendig wäre, steigert die Aufwertungswahrscheinlichkeit, die jede Lohnsenkung gegenüber dem Ausland wieder zunichte macht, erhöht die Arbeitslosigkeit und damit erneut den Druck auf die Löhne.

Zugleich ist der Staat finanziell völlig überfordert, die sozialen Sicherungssysteme wirken zu lassen, die ja in der Tat nicht für dauerhaftes Versagen der Wirtschaftspolitik geschaffen wurden, sondern zur temporären Abfederung

6 Wenn jedoch gerade die fähigsten und flexibelsten Arbeitskräfte die Wanderungswilligen sind, ist die Abwanderung eher als ein „brain drain“ für das Niedriglohnland anzusehen und insofern ebenfalls ein Schaden.

des intertemporalen wie des internationalen Strukturwandels. Die falsche Analyse findet hier sofort den nächsten Schuldigen für unsere Misere: Der Staat insgesamt müsse radikal in seine Schranken gewiesen werden, wolle man die Herausforderung der globalisierten Märkte annehmen. Wen wundert es da noch, dass die Bevölkerung sich zunehmend vor der Globalisierung fürchtet und Fremdenfeindlichkeit auf dem Vormarsch ist? Wer die gesamte Gesellschaft in ihren Grundfesten in Frage stellt, sollte sich nicht nur über die wirtschaftlichen, sondern auch die politischen Folgen seiner Ratschläge im Klaren sein. Die Parallelen zwischen den heute empfohlenen Strategien zur Krisenbekämpfung und denen, die man während der Weltwirtschaftskrise gegen Ende der 20er und Anfang der 30er Jahre des letzten Jahrhunderts umgesetzt hat, sind erschreckend.⁷

Was ist zu tun? Die Bundesrepublik muss wieder beginnen, entsprechend ihren Verhältnissen zu leben, also den Gürtel weiter zu schnallen, und zwar auf allen Ebenen. Insbesondere die bundesdeutschen Tarifparteien müssen schnellstens zu gesamtwirtschaftlichen Lohnabschlüssen zurückfinden, die sich aus der durchschnittlichen gesamtwirtschaftlichen Produktivitätssteigerung plus einer angemessenen Zielinflationsrate ergeben. Wer seine erwirtschaftete Produktivität nicht „verfrühstückt“, bedroht alle übrigen Marktteilnehmer und schließlich auch sich selbst. Nur wenn die zurückhaltende Lohnpolitik der letzten zehn Jahre aufgegeben wird, kann die drohende Deflationsspirale aufgehalten werden. Wir stecken nicht im Würgegriff der Globalisierung, sondern im Würgegriff der Lohndrücker. Damit würgen wir nicht nur uns selbst, sondern auch den Rest der Welt, vor allem unsere Partner in der Europäischen Währungsunion. Zur Abfederung und Akzeptanz des für uns insgesamt so vorteilhaften internationalen Strukturwandels ist unser soziales Sicherungsnetz notwendig, dessen Abbau uns nicht aus der Krise, sondern weiter hinein führen wird.

7 Vgl. Christoph Butterwegge, *Krise und Zukunft des Sozialstaates*, Wiesbaden 2005.



Albert Scharenberg

Du nicht!

**Pressestimmen zu den
Stories aus dem Leben
von Alfons Kujat**

*„Theater, das aus
den Fugen gerät“
(taz)*

*„Der Mann mit dem
Tier im Blut“
(Bild)*

*„Eine hard-boiled Fresse“
(Style)*

ISBN 3-8334-2103-7 13,90 €

Inhalt: Die Boxer-Story ** Der Lehrling ** Kopfschlächter ** Beim Bund ** Die Gewerkschaftsstory ** Zitting und Co. ** Kreuzberg ** Die Lebensbeichte des Francois Villon